Zeitschrift: Argovia: Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kantons

Aargau

Herausgeber: Historische Gesellschaft des Kantons Aargau

Band: 44 (1932)

Artikel: Österreich und die Klosteraufhebung im Aargau : zur Geschichte der

europäischen Politik des Vormärz

Autor: Winkler, Arnold

Kapitel: 1: Die europäische Lage

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-47321

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Erstes Kapitel.

Die europäische Lage.

für Europa und inmitten der großen Mächte für die schweizerische Eidgenossenschaft war die Schicksalsfrage schon gestellt, als die ordentliche Tagsatzung des Jahres 1840 am 25. August im Vororte Zürich ihre Beratungen abschloß. Die schwere Sorge wegen der Zukunft hatte auch die Worte eingegeben, mit denen der Bundes= präsident Umtsbürgermeister Konrad von Muralt die Gesandtschaften der Stände entließ: "Gott allein ift der Zeitpunkt bekannt, wo unsere militärischen Einrichtungen auf die Probe gestellt werden dürfen! Wolkenlos schien der politische himmel, als wir zusammentraten, drohende Gewitterwolken haben sich seither erhoben. Sassen Sie uns hoffen, die allaütige Vorsehung werde den bittern Kelch des Krieges an uns vorübergehen lassen; sollte dieselbe aber beschlossen haben, der Menschheit diese neue Prüfung aufzulegen, so möge sich die Eidgenoffenschaft bewährt finden laffen. Der Vorort wird pflichtmäßig wachen und wenn es notwendig wird, schnell die Boten der eidgenöffischen Stände zur Tagfatzung einberufen, damit dieselben vorkehren, daß das Daterland nicht Schaden nehme. In diesem falle wird das Dolf der Schweizer, ich bin dessen fest überzeugt, enge geschlossen zusammentreten und feine Opfer scheuen, um dem Daterlande das unermeßliche But der Neutralität ungeschwächt zu erhal= ten. Alle Eidgenossen, wie sonst auch die Schattierungen ihrer politischen Unsichten sein mögen, werden es sich zur Ehre rechnen, mit der Cat zu beweisen, daß sie weder frangosen noch Ofterreicher, weder Engländer noch Ruffen, daß fie nur Schweizer sein und bleiben wollen."1

Diese Worte waren nicht zu groß und nicht zu stark gewählt. Denn die damalige orientalische Hauptangelegenheit, die, dem Jahre 1840 aus der Erbschaft der nächstvergangenen Jahre überantwortet,

Diese Rede ist gedruckt, außer an anderen Orten, auch in der Zeitung "Der Beobachter aus der östlichen Schweiz", Zürich und Frauenfeld, Freitag, den 28. August 1840; der oben wiedergegebene Teil sindet sich, mit Ausnahme des ersten Satzes, auch bei Anton v. Tillier, Geschichte der Eidgenossenschaft 1850—1848 (Titel hier gekürzt), 2. Band, Bern 1854, S. 85.

sich bereits 1833 als dem Gleichgewicht der Mächte höchst gefährlich gezeigt hatte, war zu einer Gefahr für den europäischen Frieden geworden.

Ob der ägyptische Statthalter Mehemet Ali, der Beherrscher von Nubien, Sennar, Kordofan, Türkisch-Arabien, Kreta, Syrien und Cilicien, sich vom Großherrn unabhängig machen, souveran werden und das türkische Reich zerreißen durfte, machte nicht bloß eine Kraftfrage für den Sultan und deffen Cehensmann aus. Was immer mit der Türkei geschah, mußte die tätige Teilnahme von gang Europa hervorrufen. England wollte niemals die Bildung eines starken Staates dort dulden, wo ihm dadurch gelegentlich der Candweg nach Indien versperrt werden konnte. Frankreich dagegen, herkömmlich mit Agypten in Verbindung, betrachtete das Mittelländische Meer als sein Berrschaftsgebiet und erwartete gerade von der Macht, die Mehemet Illi darzustellen schien, eine förderung seines Strebens und eine Stärkung seines orientalischen Handels auf Kosten Englands. Aber beide Westmächte hatten gleichmäßig das Verlangen, Aufland nicht an Einfluß in der Türkei gewinnen zu laffen, mahrend Zar Nikolaus I. alle möglichen Vorteile aus der Beschützerrolle zu ziehen suchte, die er gegenüber der Türkei und namentlich dem Sultan erworben hatte. für Österreich war die Erhaltung der Türkei, die ihm den Cevantehandel und eine politisch bequeme Nachbarschaft sicherte, ein alter Grundsatz. Preußen, der übrige Deutsche Bund, das Königreich beider Sizilien und alle anderen europäischen Staaten waren allerdings nicht unmittelbar durch Cebensnotwendigkeiten mit dem unverminderten Bestand des osmanischen Reiches verknüpft, doch ihre Ruhe hing sehr vom Derhalten der nächstbeteiligten Mächte ab.

Mehemet Ali hatte 1832 durch seinen Adoptivsohn Ibrahim mit Wassengewalt im Kampse gegen den Sultan Mahmud II. ganz Syrien und Cilicien genommen. Rußland, das stets jede Möglichkeit besnützte, um in Stambul Fuß zu sassen, bot alle Hilse dem für seine Herrschaft fürchtenden Großherrn an und zeigte seine militärischen Machtmittel vor Stambul und in den türkischen Gewässern. England und Frankreich erhoben sosort Einspruch gegen die russische Einsmischung und bewirkten im Mai 1833 zwischen Mahmud und Mehesmet Ali den Frieden von Kutahja, wodurch die Gebietssorderungen des Statthalters im wesentlichen erfüllt wurden; Far Nikolaus I. aber schloß im Juli desselben Jahres, unbekümmert um England und

Frankreich, mit Mahmud in Hunkiar Iskelessi einen Verteidigungsvertrag ab, der für die Dauer von acht Jahren ihm das Recht verschaffte, zum Schutze Stambuls, wenn nötig, Truppen und Kriegsschiffe zu verwenden, die Pforte dagegen zur Sperrung der Dardanellenstraße verpflichtete.

Durch diese Ereignisse wurde die politische Luft für lange Zeit vergiftet und die Einigkeit des Dereines der fünf Brogmächte England, Frankreich, Österreich, Preußen und Augland, die allmählich zu einer Teilung, zum Zweibund der Westmächte und Dreibund der Oftmächte mit dem alles überragenden Gegensatz von England und Rußland, geworden, wich vollends einem chaotischen Zustand. Sultan Mahmud II. war nicht geneigt, dauernd den Zwang des friedens von Kutahja zu ertragen, Mehemet Alli aber traf Vorbereitungen, sein Machtgebiet vom Nil bis zum Euphrat in eine erbliche Monarchie zu verwandeln. Far Nikolaus I. und sein Dizekanzler und Außenminister Karl Graf von Nesselrode waren nicht gewillt, den so nützlichen Vertrag von Hunkiar Iskelessi mit dem festgesetzten Zeitpunkte 1841 aufhören zu lassen, während die anderen Großmächte je eher je lieber diesen Vertrag ungültig gemacht sehen wollten. England und Rufland standen einander in Dorder= und Innerasien überall im Wege, besonders auf dem Zuge nach Indien, und dieser weltpolitische Zwist war wohl für eine Weile verdeckbar, aber nicht behebbar. Eine Unnäherung oder gar ein Bündnis zwischen Rußland und Frankreich kam auch nicht leicht in Frage, weil der Zar dem "Bürgerkönig" Louis Philippe den revolutionären Ursprung seines Thrones niemals zu verzeihen gedachte. Frankreich stand aber auch zu England im Begensatze, weil auch dieses die Vorherrschaft im Mittelländischen Meere beanspruchte. In äußerst schwieriger Lage befand sich unter diesen Umständen Österreich. Deffen Staatskangler fürst Metternich hätte am liebsten den Dreibund der Oftmächte wieder festgefügt und frankreich als vierten Teilhaber dazugenommen. Louis Philippe kam dem Wunsche freilich entgegen, auch der Far wollte die beiden Westmächte trennen zur Erleichterung seiner Politik gegenüber der Türkei; aber Nikolaus konnte nicht an der Catsache vorbeikommen, daß Frankreich im glei= chen Sinne als Schutzmacht von Agypten wie Rukland von der Türkei gelten wollte. Metternich fürchtete eine Zerreifung des os= manischen Reiches als das Zeichen zum europäischen Kriege und war

grundsätzlich gegen Mehemet Alis Verlangen. Diese Gesinnung hätte ihn an Rußlands oder Englands Seite treiben sollen; allein daran hinderte ihn zunächst noch die Rücksicht auf Frankreich, serner gab es kein Band zwischen England und Rußland, dann drohte Rußland dem österreichischen Staate auf der Balkanhalbinsel gesährlich zu werz den, endlich ließ England in Stambul so wie gegen Rußland, auch gegen Österreich wühlen und drohte mit der Empörung von Galizien, Ungarn und dem lombardischzvenetianischen Königreiche, wenn Metzernich mit England nicht gemeinsame Politik mache. Discount Palmerston, der englische Staatssekretär sür auswärtige Angelegenheiten, gedachte die Leitung der großen Grientpolitik selbst mit einem Metzernich aus keitung der großen Grientpolitik selbst mit einem Metzernich aus keitung der großen Grientpolitik selbst mit einem Metzernich aus keitung der großen Grientpolitik selbst mit einem Metzernich aus keitung der großen Grientpolitik selbst mit einem Metzernich aus keitung der großen Grientpolitik selbst mit einem Metzernich aus keitung der großen Grientpolitik selbst mit einem Metzernich aus keitung der großen Grientpolitik selbst mit einem Metzernich aus keiten.

In dieses Wirrsal zwischenstaatlicher Politik fiel wie ein Donnerschlag die Nachricht, daß das Heer des Sultans am 24. Juni 1839 bei Nisib am Euphrat entscheidend von Ibrahim Pascha geschlagen worden und daß fast gleichzeitig Mahmud II. starb. Zu erwarten war der Zerfall der Türkei, die russische Besetzung Stambuls und der Krieg Englands und Frankreichs gegen Rufland. Zu all dem kam es nun nicht, wohl aber zu einer offenen Stellungnahme und Trennung der Mächte. Frankreich steigerte seine Sympathie für Mehemet 21li zur begeisterten Parteinahme und schied sich gang von England, wobei die Presse nach Kräften gegen das "perfide Albion" hetzte. Palmer= fton hatte furg entschlossen über alles Gegensätzliche hinweg mit Außland gemeinsame Sache gegen Mehemet Ali gemacht und strebte nur mehr nach dem Unschluß Öfterreichs an die neue Gruppe, zu der dann auch Preußen treten mußte; Frankreich sollte in die für längere Dauer unmögliche Lage vollständiger politischer Dereinsamung gebracht werden. Zar Nikolaus und sein Minister Nesselrode, die beide der zögern= den Politik Metternichs grollten, auch sich von ihr verraten glaubten, stimmten trotzdem diesem Plane bei. Eine gang neue Gruppierung der Mächte war entstanden, die orientalische Frage durfte nicht in Wien und von Metternich entschieden werden. Der öfterreichische Staatskanzler war nicht stark genug, um den völligen Bruch zwischen den Westmächten und Frankreichs Isolierung zu verhindern. Palmerston erreichte sein Ziel. Die Wahl der Partei murde dem fürsten Metternich genommen, er mußte den Engländern und Ruffen Gefolgschaft leisten, umso mehr, da am 1. März 1840 Adolphe Thiers als Nachfolger des Marschalls Soult in Frankreich das Ministerpräsidium und das Ministerium des Auswärtigen erhielt. Thiers ließ sich ganz vom Glauben an die Stärke Mehemet Alis leiten und irrte vollständig in der Abschätzung der politischen Entwicklung. Dem österreichischen Staatskanzler wurde er dadurch gründlich verhaßt, daß er dessen Hauptstreben, dem Ansehen des Vereins der fünf Großmächte doch noch Geltung zu verschaffen, gestissentlich vereitelte, um einer Sonzderverhandlung zwischen Großherrn und Statthalter freie Bahn zu machen. Palmerston kam dieser Möglichkeit zuvor. Er beschleunigte die Verhandlungen der von den vier Großmächten, ohne Frankreich, und der Pforte beschickten Londoner Konferenz und am 15. Juli 1840 wurde von dieser die Übereinkunft zum Schutze der Türkei und Isozlierung Frankreichs unterzeichnet; die romanische Großmacht Europas hatte eine ihrer schwersten politischen Niederlagen erlitten.

Der Vertrag vom 15. Juli enthielt die Schicksalsfrage für Europa. Denn obgleich die Vertragsteilnehmer sofort und mit Nachdruck durch kriegerische Unternehmungen im Orient ihren Beschlüssen Beltung verschafften, so daß Ende November Mehemet Ali sich fügen mußte, erscholl nunmehr in den europäischen Staaten der Kampfruf. Mehemet Illi hatte damit gerechnet, daß zwei ungefähr gleich starke Mächtegruppen einander im Orient am Eingreifen hindern und ihm zwischendurch die Erfüllung seiner Absicht ermöglichen würden. Es fam anders; dafür aber zeigte fich kaum mehr ein Hoffnungsschimmer, daß Europa einem Krieg entgehen fönne, der an Größe und Mächte= gruppierung nahezu gang den Befreiungskämpfen glich. Schon längst und besonders seit der übernahme des Ministeriums durch Thiers hatte sich in Frankreich ein Sturm gegen die Mächte erhoben, die der französischen Ehrensache des Schutzes für den ägyptischen Statthalter in die Quere kommen wollten. Der Beschluß der vier Mächte stellte die Franzosen vor eine vollendete Tatsache. Frankreich schäumte vor Wut auf; sollte es sich zu einer Macht zweiten Ranges hinabdrücken laffen und die Übereinkunft, die übertreibend mit dem einstigen Der= trag von Chaumont, wodurch sich im März 1814 die Verbündeten zur Niederringung frankreichs und zu dessen Beschränkung in die Grenzen von 1792 verpflichtet hatten, in gleiche Bedeutung gesetzt wurde, ruhig hinnehmen? Der Krieg sei vorzubereiten, hieß es, und am Rhein müsse Mehemet 211i verteidigt werden. Krieg, und zwar am Rhein, des ägyptischen Besitzes von Syrien wegen? Louis Philippe, für den alles auf dem Spiele stand, durfte und Thiers wollte sich der natio=

nalen Bewegung frankreichs nicht entgegenstemmen; fieberhaft wurde gerüstet und die Befestigung der Stadt Paris begonnen. Gegen England oder irgendwo gegen Aufland hätte sich der französische Ungriff wenden muffen, wenn er dem Dierbund die Spitze bieten und richtig für Mehemet Ali Rache üben wollte. Allerdings war es auch aller Welt völlig klar, daß Frankreich und dessen Presse, indem sie gegen den ganz unschuldigen Deutschen Bund lossuhren, mit bewußter Derdrehung der Tatsachen eine günftige Belegenheit benützten. Um besten fennzeichnete dies die Augsburger "Allgemeine Zeitung", als sie un= term 1. Jänner 1841 schrieb: "Mit der ägyptisch-syrischen Basis ift der Bau des französischen Einflusses oder übergewichts in Europa nicht aufgegeben." Frankreich habe, undankbar für die von den 211= liierten empfangene günstige Behandlung, sich seit 1814 gedemütigt und ungerecht ausgestattet gefühlt und verlange nach Beseitigung aller durch den ersten Pariser frieden gezogenen Schranken. "Man wollte, wie Thiers mit naiver Unverschämtheit sich deutlicher ausdrückte, zur Revision der Traktate von 1814, das ist zum Besitz des linken Aheinufers, dadurch aber in eine Stellung gelangen, in welcher man die Ausbreitung von England und Rufland auf Kosten der Deutschen balancieren, das Wachstum von Frankreich neben dem Wachstum von Rukland und England ausbreiten und dem Festland seinen Willen auflegen oder Gesetze geben konnte. Dies nennt man das neue Gleichgewicht von Europa."

Metternich erkannte die Vereinsamung frankreichs als ein europäisches Unglück. Freilich hatte er selbst einigermaßen zu dessen Herbeisührung mitgewirkt, als er 1836, um den Faren Nikolaus nicht zu verstimmen, dem Lieblingswunsch Louis Philippes nach Vermählung seines ältesten Sohnes mit einer Tochter des Erzherzogs Karl verhinzdernd entgegentrat und dadurch die Dynastie Orléans gegenüber den großen Regentenhäusern isolierte. Damals bekam der österreichische Staatskanzler aus Frankreich zu hören, daß das Wiener Kabinett ein solches Vorgehen zu bereuen haben würde. Er unterließ es nicht und verletzte für alle Dauer den gekrönten Mann, der ihm obendrein auf dem Felde der Politik gewachsen war.

² Alfred Stern, Geschichte Europas 1815—1871, V. Bd., 2. Aufl., Stuttgart, Cotta, 1924, S. 272, und Heinrich A. v. Srbif, Metternich, II. Bd., München, Bruckmann, 1925, S. 53.

³ Srbifa. a. O. S. 51 über Louis Philippes Chenburtigkeit im "Raffine-

Nun war Metternich aufs angestrengteste geschäftig, den Schaden, den der Vertrag vom 15. Juli 1840 angerichtet hatte, gutzumachen und frankreich wieder für einen Derein der fünf europäischen Broßmächte zu gewinnen. Dabei flößte ihm am meisten furcht die Befahr eines neuen revolutionären 2lusbruches in Frankreich und revolutio= närer Bandlungen in anderen Staaten ein. Er murde von der Überzeuaung geleitet, daß frankreichs weltpolitische Dereinsamung von diesem selbst und nicht von den anderen Mächten verursacht worden sei und im Grunde einen gang revolutionären Charafter habe, weil ihre Quellen in der ersten frangösischen Revolution und deren verschiedensten folgen gesucht werden müßten. "frankreich und nicht Europa hat 1789 eine soziale Revolution begonnen und vollendet und hat unglücklicherweise noch nicht einmal im Verlaufe eines halben Jahrhunderts das Gleichgewicht wiederzufinden gewußt, das die erste Bedingung der Ruhe darstellt."4 So schrieb der Staatskanzler unterm 2. Jänner 1841 dem öfterreichischen Botschafter Unton Brafen von Apponyi nach Paris und stand mit solchem Hinweis auf Ursache und Wirkung der frangösischen Isolierung nicht allein; seine Unsicht war Gemeingut. Der Dichter Beinrich Beine, gewiß hinreichend liberal gerichtet, schrieb am 4. November 1840 aus Paris der "Allgemeinen Zeitung"5 fast in genau gleichem Sinne. "Die große Umwälzung," bemerkte er, "welche seit fünfzig Jahren in Frankreich stattfand, ist, wo nicht beendigt, doch gewiß gehemmt, wenn nicht von außen das entsetliche Rad wieder in Bewegung gesetzt wird." Die Burgeoisie, von der die französische Revolution 1789 begonnen und 1830 vollen= det wurde, werde im fall eines Krieges nicht imstande sein, das Volk im Zaum zu halten, und die Invasion des Vierbundes werde in Frankreich den Kampf mit einer neuen sozialen Revolution aufneh-

ment der Politik". Für Srbiks Meinung, a. a. G. S. 54 f., daß die Heiratsgesschichte bei Louis Philippe keine Mißstimmung hinterließ, dürfte das Verhalten der französischen Regierung gegenüber der österreichischen bezüglich der Schweiz und zunächst in der aargauischen Klösterangelegenheit kaum zum Beweis herangezogen werden können. Siehe die Anmerkung Ar. 81 zum dritten Kapitel der vorsliegenden Untersuchung.

^{*} Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, eigenhändiges Konzept Metternichs, in Reinschrift beigelegt der Weisung an Upponyi vom 2. Jänner 1841; wahrscheinlich während der letzten Monate von 1840 verfaßt.

⁵ Ullgemeine Zeitung, 10. November 1840; sonst in Heine, Französische Zustände, 2. Teil, XXIII.

men müssen, zumal dort das Volk schon längst "eine radikale Umge= staltung der Gesellschaft" begehre. Offenbar wurde in gewissem Sinne durch diese Auffassung Metternich zu seiner Außerung an Apponyi angeregt,6 doch hatte Heine zu einseitig die Kriegsdrohung außerhalb frankreichs gesehen. Die "Allgemeine Zeitung" war in ihrem bereits genannten Aufsatz vom z. Jänner 1841 anderer Meinung dar= über. Frankreich drohe mit dem Krieg, wie es durch Vernichtung der Verträge von 1814 die Revolution für Europa erneuern wolle. Denn "diese Erhebung war dem Sohne der Revolution nicht möglich ohne Krieg, den Krieg, der wenigstens einen Vorwand haben muß, nicht möglich ohne den Bruch des öffentlichen Rechts, durch welches 1814 der Abgrund der Revolution unter der Form der Restauration war geschlossen und auf welches seitdem die Ordnung und der Frieden von Europa war gegründet worden. hinter dem europäischen Recht aber stand das revolutionäre Recht, das Napoleon'sche Prinzip: La force c'est la vérité mise au nu."7 König Louis Philippe selbst betrachtete die Lage eigentlich ebenso. Heftig grollend warf der alte Mann den gegnerischen Mächten die ärgste Undankbarkeit vor: "Seit zehn Jahren bilde ich den Damm gegen die Revolution, auf Kosten meiner Popularität, meiner Ruhe, oft mit Cebensgefahr. Sie danken mir den Frieden Europas, die Sicherheit ihrer Throne und vergelten es mir auf diese Weise! Wollen sie denn durchaus, daß ich die rote Mütze aufsetze?" Das Verhalten Österreichs und Preußens im besondern, meinte er, werde nur durch die Ungst vor dem Kaiser von Rukland diftiert.8

Den französischen Kriegsdrohungen und Rüstungen gegenüber brauste, auch von Metternich gebilligt, das beleidigte Nationalgesühl in allen Ländern deutscher Junge ungeahnt mächtig auf. Österreich war noch in besonderer Weise von der Kriegsgesahr bedroht. Louis Philippe hatte gleich nach seiner Thronbesteigung eifrig dafür gesorgt,

Gum erstenmal mache ich hier auf den interessanten Zusammenhang zwisichen einem Zeitungsartikel Heines und einem diplomatischen Schriftstücke Metternichs ausmerksam. Un anderem Orte werde ich diesen bisher unbekannt gebliebenen Zusammenhang aussührlicher behandeln.

⁷ Da Metternich gewöhnlich die Revolutionsfurcht vorgeworfen wird, zeige ich hier zum erstenmal seine Meinung als einen Teil der damaligen gesamteuropäischen Angst vor einer neuen Revolution.

⁸ Stern a. a. O. S. 404.

in den oberitalienischen Provinzen Österreichs Abfallsbewegungen anzuzetteln. Die Aufstände wurden rasch und fräftig unterdrückt, mit öfterreichischer Hilfe auch in andern Staaten Italiens. Auch diesmal war es von Frankreich in erster Linie auf das habsburgische Italien, den "verwundbaren Punkt" Österreichs, abgesehen. Thiers nahm gar keinen Unstand, von Diemont für den Kriegsfall die Erlaubnis des Durchzugs französischer Truppen zu fordern und auch in Neapel gegen Österreich zu arbeiten. Den Rüstungen Frankreichs antwortete Mitteleuropa einmütig im gleichen Sinne. tärische Dormacht des Deutschen Bundes, Preußen, ließ zu Berlin im Oktober 1840 einen Verteidigungsplan ausarbeiten. Dieser Plan brauchte nicht gang neu gemacht zu werden. Denn schon als im Ge= folge der französischen Julirevolution Deutschland und Österreich aus Westen mit Krieg bedroht wurden, legte Preußen einen Kriegsplan vor, den in den wesentlichen Dingen auch Österreich 1832 und 1833 annahm und der den geänderten Verhältnissen nur angepaft zu merden brauchte. Im November 1840 fanden in Wien militärische Ver= handlungen statt, die schnell zur Einigung führten; der übrige Deutsche Bund schloß sich an. Bar Nikolaus stellte Ofterreich und Preußen eine Reservearmee von 100 000 Kriegern zur Verfügung.

Nicht mit gutem Gewissen hatten Metternich und der öfterreichische Unterhändler den Preußen gegenüber von der völligen Gerüftetheit Öfterreichs reden und binnen fürzester frist die Aufstellung einer Urmee von 150 000 Kriegern, um den ersten Erfordernissen zu genügen, versprechen können. Durch die Berliner Militärkonferenz war Österreich am 3. Dezember 1832 verpflichtet worden, bei einem Ungriffe Frankreichs zunächst 70 000 Krieger zur deutschen Westarmee zu stellen. für diesen unmittelbaren Bedarf kamen natürlich nur die in Böhmen, Mähren, Ober= und Niederöfterreich, ohne die Wiener Garnison, vorhandenen Truppen als verfügbar in Betracht und diese zählten insgesamt 82 000 Krieger, so daß der eingegangenen Derpflichtung in mehr als vollem Make genügt werden konnte, wie Braf Radetty, Österreichs Höchstkommandierender in Oberitalien, 1834 in einer eigenen Denkschrift darlegte. Bis 1840 hatten sich die militärischen Derhältnisse Ofterreichs nicht viel geändert. Aun war es gewiß nicht möglich, aus denselben Militärbereichen binnen weniger Wochen mehr als die doppelte Truppenzahl abmarschieren zu laffen; und mit 2lusnahme eben der Truppenzahl wurde 1840 für

Österreich im Grunde nichts an den Abmachungen jener Berliner Militärkonferenz geändert, soweit das erste Erfordernis in Frage kam. Dor allem aber durfte die oberitalienische Urmee nicht als friegsbereit bezeichnet werden. Trotz aller seiner Mühen zur Behebung der Schäden und Mängel mußte feldmarschall Graf Radetty noch im Jahre 1847 die "k. k. Armee in Italien" als unzulänglich erklären für andere als friedliche Verhältnisse. Endlich waren 1840 die finanzen Öfterreichs in so übler Verfassung, daß der Hoffammerpräsident zur Vorlage des Budgets für 1841 anmerkte: "Seine Maje= stät möge sich nach dieser Übersicht von der Unmöglichkeit überzeugen, einen Krieg zu führen." In der Cat, Öfterreich hätte damals gewiß nicht mit einigem Selbstvertrauen in einen europäischen Krieg ein= treten können. Es war in der Tat eine kaum überschätzbare Derpflichtung, die der preußische König Friedrich Wilhelm IV. auf sich nahm, indem er dem lombardisch-venetianischen Königreich den Schutz des Deutschen Bundes gegenüber Frankreich zu verschaffen gelobte und jo Ofterreich wenigstens für den Augenblick von einer drückenden Sorge befreite.

In das österreichisch=preußische Militärabkommen wurde auch die Schweiz einbezogen. Wenn sie nämlich ihre neutrale Stellung ver-ließ, hatten die österreichischen Truppen einzumarschieren. Ungessichts gerade dieser Bestimmung aber darf nicht der Hinweis auf den Unteil unterlassen werden, den Radetsky daran hatte. Der Höchstskommandierende im lombardisch=venetianischen Königreich war über die Vorgänge in Frankreich stets ausgezeichnet unterrichtet und wußte sehr genau, wie Frankreich beim schweizerischen Radikalismus die seindselige Stimmung gegen Österreich schürte. Unablässig warnte

Durch obiges behebe ich den von Srbif a. a. O. S. 580 (Unm. 1 zu S. 77) geäußerten Zweisel an der von Treitschfe, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, V. Bd. S. 92, gemachten Behauptung vom "elenden Zustand des k. k. Heeres" 1840. Treitschfe war für die Zeit um 1840 und für den Inhalt des Wiener Militärabkommens im Recht, Srbik aber im Recht, wenn er die Berliner Militärkonserenz von 1832 meinte, der er allerdings keine genauere Besprechung widmete. Radetk vs. Denkschrift von 1834 — Wien, Kriegsarchiv, Abt. III — blieb bisher unbeachtet. Wegen des Budgets für 1841 siehe Stern a. a. O. S. 78.

of Srbika. a. O. S. 77. Treitschkes Angabe a. a. O., daß die Hof-burg nicht zurückkam auf den Zug durch die Schweiz, den "alten Lieblingsplan des k. k. Hofkriegsrates", ist gegenstandslos.

Graf Radetty die österreichische Regierung vor dieser Gefahr, die er besonders eingehend in seinem "Mémoire über die Schweiz" vom 30. Juni 1834 schilderte. Und als zu Unfang des Jahres 1840, mitten in der weltpolitischen Derwicklung, die zweite französische Kammer vom Ministerium Soult forderte, daß es "der Würde des Candes nichts vergebe", und als dann am 1. März das Ministerium Thiers auf den Plan trat, da erfaßte er die Gefahr und Schwierigkeit in ihrer gangen Größe. Er schrieb einen "Entwurf einer Operation aus Oberitalien nach Südfrankreich, wobei vorausgesetzt wird, daß Sardinien [Diemont] mit Ofterreich verbündet ift und daß die verbündeten Urmeen vom Rhein gegen Paris vorrücken", fandte ihn unter dem Datum des 18. März 1840 nach Wien und ließ den Staatskanzler und den Hofkriegsrat lesen: "Die Schweiz muß, den bestehenden Staatsverträgen gemäß, als neutral betrachtet werden. Sollte aber frankreich diese Neutralität brechen, so würde auch von unserer Seite ein Urmeekorps in die Schweiz gegen Basel eindringen muffen. Operationsbasis der verbündeten Beere wird sich daber bei Ausbruch des Krieges vom Mittelländischen Meere bis zur Nordsee erstrecken." Diese überzeugung kam denn auch im Militärabkommen vom 28. November 1840 zur Geltung.11

Don den Kriegsdrohungen war gleichfalls die Schweiz berührt. Aus dem Aargau wurde anfangs Oktober die Nachricht von der Derstammlung französischer Truppenmassen an der westlichen und nördslichen Schweizergrenze, besonders bei Besançon, Belsort und im obern Elsaß, gebracht. Radetskys Hinweis auf die Möglichkeit einer Dersletzung der schweizerischen Neutralität durch Frankreich schien der tatsächlichen Entwicklung entsprochen zu haben. Der Vorort Zürich berief die eidgenössische Militäraussichtsbehörde ein und ließ sofort das Bundesheer organisseren, um es für den Wassendienst bereit zu haben, wann und wo immer eine Gesahr von außen her der Schweiz drohte. Österreich und England anerkannten mit dem Ausdrucke vollkommener Billigung die schweizerischen Maßregeln zur Bewahrung der Neutralität, eines auf seierliche völkerrechtliche Verträge gegrünster

¹¹ Jum erstenmal weise ich hier den Zusammenhang zwischen Radetzky und dem Wiener Militärabkommen nach. Über das Mémoire vom 30. Juni 1834 und den "Entwurf" vom 18. März 1840 schrieb ich bereits in meiner Arbeit "Die österreichische Politik und der Sonderbund", Anzeiger für schweiz. Geschichte, 50. Jahrgang, N. F., Bd. 17, Nr. 4. (1919) S. 296.

deten "unantastbaren Heiligtums", während Frankreich sich mit allgemeinen, nicht bindenden Redensarten begnügte. Alle, die in der Schweiz von diesen diplomatischen Noten wußten, waren sich darüber klar, daß im Falle eines europäischen Krieges Frankreich früher als eine andere Macht den Schweizerboden würde betreten wollen.¹²

Zulett wich Louis Philippe doch vor England und den Oftmächten zurück. Es war gewiß nicht rühmlich, wie er den ägyptischen Statthalter Mehemet Illi seinem Schicksal überließ; aber als kluger politischer Rechner sah der französische König das Kriegsglück, befonders im Kampfe mit einer offenbaren übermacht, als zu zweifel= haft an, um es leichthin herauszufordern. Um 20. Oktober 1840 wurde Thiers entlassen; françois Pierre Buillaume Buigot kam aus Condon, wo er Frankreich vertreten hatte, und übernahm in dem neuen, dem Namen nach von Marschall Soult, wirklich aber von ihm geleiteten Ministerium das Portefeuille der auswärtigen Ungelegen= heiten. Guigots hauptaufgabe war aber zunächst, vereint mit dem König von Frankreich die Stimmung für die Aufrechterhaltung des europäischen friedens herbeizuführen. Zu Beginn des Jahres 1841 war die Kriegsgefahr noch nicht ganz geschwunden und die politische Spannung bestand noch in unverminderter Stärke weiter; aber Cottas "Allgemeine Zeitung" jubelte unterm 1. Jänner 1841 bereits: "für den ehemaligen Allié wird sich kein französisches Schwert entblößen und kein Beutel jenseits des Rheins öffnen." Metternich war mit den Bemühungen des neuen französischen Ministeriums sehr zufrieden und erwartete mit Sicherheit, daß Buigot zwischen der Dergangenheit und seinen eigenen Absichten einen festen Strich ziehen werde. Doch das, was der Cenker der österreichischen Außenpolitik vielleicht noch obendrein dachte, legte, ohne jeden Zusammenhang mit der Wiener Staatskanzlei, die "Allgemeine Zeitung" in dem genannten Auffatz ihren Lesern gedruckt vor. Die ägyptisch=türkische Frage war allerdings mit dem alten Jahr abgelaufen, aber nicht auch die andere Bedrohung des europäischen friedens: "Die Unsprüche und Grundfätze, welche sie in Frankreich entwickelt oder zum Lichte gebracht hat,

¹² Über die schweizerischen Maßregeln siehe Tillier a. a. O. S. 86 ff., und Paul Schweizer, Geschichte der schweizerischen Neutralität, S. 766 f. Doch unterdrückt Schweizer, der sich ganz Tillier anschließt, die von diesem aus persönlichem Erlebnis geschöpfte Überzeugung von der Gesahr eines Neutralitätsbruches durch Frankreich.

sind geblieben. Sie gehen Hand in Hand in das neue Jahr über und bilden die Drachensaat, welche über die Fluren von Europa auszusstreuen die Revolution an der Seine von neuem die Hand erhoben hat."

Was diese im allgemeinen liberal gehaltene Zeitung so bekundete, war doch wohl die Sorge, daß der französische Radikalismus irgendwie und irgendwo im übrigen Europa eine gleichartige Äußerung hervorrusen oder wenigstens fördern werde, die der Ursprung schweren Unheils für die europäischen Staaten sein könnte. Da brachte die Nummer der "Allgemeinen Zeitung" vom 16. Jänner 1841 die erste kurze Nachricht vom Ausstand im aargauischen Freienamt nach Wien, am 21. Jänner meldete dasselbe Blatt aussührlich, daß der Große Rat des Aargaus am 13. Jänner die Aushebung aller Klöster in seinem Kanton beschlossen habe. Am 21. und 22. Jänner 1841 bekam Metternich auch die vom 14. und 15. Jänner aus Bern datierten Berichte des österreichischen Gesandten in die Hände. Die Besürchtung hatte sich, schneller als jemand annehmen konnte, verswirklicht.

freilich konnte im ersten Augenblick noch niemand die Tragweite dieser Ereignisse abschätzen. Nur das eine war gewiß, daß alles zunächst von der Baltung des eidgenöfsischen Vorortes abhing. Die vorortliche Würde war für die Jahre 1841 und 1842 von Zürich an Schultheiß und Staatsrat des Kantons Bern übergegangen. Das Umt des Berner Schultheißen und deshalb auch Bundespräsidenten für 1841 empfing Altschultheiß Karl Neuhaus. Das vorörtliche Kreisschreiben vom 6. Jänner 184113 erklärte: "Dor allem werden wir für die unbedingte Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Schweiz, für die Bewahrung ihrer Neutralität vor jeder Gefährde, so wie für die gleichmäßig auf vollständige Begenseitigkeit gegrün= dete Unterhaltung des Wohlvernehmens mit allen der Schweiz be= freundeten Staaten ernstlich beforgt sein. Ebenso werden wir der Erhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern der Eidgenoffenschaft so wie der verfassungsgemäßen Entwicklung schweizerischer Zustände unausgesetzt unser Augenmerk zuwenden und allen verfassungsge= mäßen und gesetzlichen fortschritten gerne die hand bieten." Metternich, der diese Versprechungen auch las, mochte wünschen, daß deren

¹³ Wien, Haus=, Hof= und Staatsarchiv, Abschrift.

zweiter Teil wirklich Wort für Wort erfüllt werde. Daß wegen der Einhaltung des ersten Teiles keine Sorge berechtigt war, soweit der Dorort in frage kam, deffen waren alle gewiß, die den Prafidenten Neuhaus genau kannten. Aus seinem Schreiben durfte gelefen werden, daß er einen Zweifel an der Ebenbürtiakeit der schweizerischen Eidgenossenschaft in völkerrechtlicher hinsicht mit den anderen Staaten nicht duldete. Er konnte ihnen keine Dorschriften machen, gedachte aber auch keine von ihnen anzunehmen. Wenn Neuhaus richtig unterstützt wurde und unbeugsam blieb, mußte sich die Lage der europäischen Politik gegenüber der Schweiz ebenso schwierig gestalten wie die, aus der sie gerade gur felben Zeit gegenüber Frankreich zu kommen trachtete. Denn der aargauische Großratsbeschluß vom 13. Jänner 1841 ließ sich nicht widerspruchslos vereinen mit dem schweizerischen Bundesvertrag von 1815. Aber die fünf Großmächte Europas, Frankreich eingeschlossen, hatten, wenigstens nach Unsicht der öfterreichischen Regierung, die immerwährende Neutralität der Schweiz und die Unverletzbarkeit des schweizerischen Gebietes nur unter der Bedingung anerkannt und gewährleiftet, daß der Bundesvertrag in allen seinen Bestimmungen so aufrecht blieb, wie ihn der strengste Konservativismus verstand. Jene Gewährleistung sollte also nicht länger dauern als diese vollkommene Geltung des Bundesvertrages.14 Daher drohte für den fall, daß der Vorort Bern den aargauischen Ungriff auf den Bundesvertrag nachhaltig vom Standpunkte schweizerischer Selbständigfeit aus verteidigte, der europäischen Politik eine neue schwere Belastung, bevor noch die frühere ganz aus dem Wege geräumt war. Die Frage, ob Neuhaus den aargauischen Großratsbeschluß überhaupt für eine verfassungsgemäße Entwicklung schweizerischer Zustände und einen "verfassungsgemäßen und gesetzlichen fortschritt" hielt, war dabei von untergeordneter Bedeutung.

¹⁴ Ausführlicheres darüber in meiner Arbeit "Metternich und die Schweiz", Teitschrift für Schweizerische Geschichte, Band VII (1927), Heft I u. 2, S. 138 f., 142 ff.